Lebensmittelaufruf.

Die Bezirkseinwohner können, soweit sie versorgungsberechtigt sind (grüne Karten) auf Lebensmittelkarte erhalten:

auf Bestellabschnitt 143
150 gr Weizengries (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 48 Pfg. das Pfund
oder 150 gr Gerstengrütze (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 48 Pfg. das Pfund
auf Bestellabschnitt 144
250 gr Haferflocken (auf den Kopf)
Kleinverkaufspreis 62 Pfg. das Pfund.

Bestellfrist zwei Tage. Am dritten Tage sind die Bestellabschnitte bei der Ortsverteilungsstelle einzureichen, zwecks weiterer Bestellung. 4099

Emmendingen den 14. Juni 1919.
Kommunalverband.

394 Höchstpreise für Obst betr.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (RGBl. S. 516), der Bekanntmachung vom 22. März 1917 (RGBl. S. 258) und der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (RGBl. S. 395) werden mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern für Baden folgende Erzeuger- und Kleinhandelshöchstpreise festgesetzt.

	Erzeuger-höchstpreis für das Pfund	Kleinhandels-höchstpreis für das Pfund
Kirschen (großfrüchtige)	55 Pf.	70 Pf.
Kirschen (kleine Premiktschen)	30 Pf.	—

In Orten mit über 20000 Einwohnern und in den diesen Städten in dieser Hinsicht gleichgestellten Orten darf der Kleinhandels-(Verbraucher-)Höchstpreis für großfrüchtige Kirschen vom Kommunalverband auf 75 Pfennig für das Pfund erhöht werden.

Höchstpreisüberschreitungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Gleichzeitig wird in Ergänzung des § 2 Absatz 3 b und § 4 Absatz 2a der Bekanntmachung vom 19. Mai 1910, den Verkehr mit Obst betr. (Staatsanz. vom 22. Mai 1919 Nr. 119) bekannt, daß als Mundvorrat 5 Pfund Obst der in § 2 Absatz 1 bezeichneten Art an Ortsfremde abgegeben bezw. von diesen aus der Erzeugergemarkung mitgenommen werden darf.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 2. Juni 1919.
Badische Obstversorgung.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Emmendingen, den 12. Juni 1919.
Das Bürgermeisteramt;
Rehm.

Bekanntmachung.

Der Kommunalverband Emmendingen hat dem Bürgermeisteramt aus freiwerdendem Heeresgut — zur Verteilung an bedürftige Wöchnerinnen, Kranke und Brautpaare Leintücher, Deckenbezüge, Kopfpolsterbezüge und Taschentücher, teils neu, teils gebraucht, überwiesen.

Anmeldungen zum Bezug dieser Waren sind 291
Montag, den 16. und Dienstag, den 17. d. Mts.
jeweils vormittags von 7—12 Uhr auf dem Rathause (Bürgersaale) während der Abgabe der Zuckerkarten) unter Angabe der Nummer der Lebensmittel-Ausweiskarte persönlich vorzubringen.

Die auf Grund der Verfügung ernannte Kommission wird die Anmeldungen (Gesuche) prüfen und im Laufe der nächsten Tage — durch Aufruf der Nummer der blauen Lebensmittel-Ausweiskarte — bekannt geben, wann die Ausweise bezw. die Bezugsscheine abzuholen sind.

Wir geben dies mit dem Anfügen bekannt, daß in Anbetracht des kleinen Postens nur wirklich Bedürftige berücksichtigt werden können.

Emmendingen, den 13. Juni 1919.
Das Bürgermeisteramt:
Rehm.

Bekanntmachung.

Den Ortseinwohnern hiesiger Stadt, welche sich an der Müllabfuhr beteiligen wollen, ist nochmals Gelegenheit geboten, sich hierwegen innerhalb 8 Tagen auf dem 292
Rathause (Polizeistube)
zu melden.

Emmendingen, den 13. Juni 1919.
Das Bürgermeisteramt:

Bekanntmachung.

Das Zinserträgnis aus dem Scherberger'schen Lehrgeldersond ist für das Jahr 1919 zu vergeben.

Berücksichtigt werden in erster Linie Lehrlinge hiesiger Bürger.

Gesuche sind bis spätestens 1. Juli an den Gemeinderat zu richten.

Emmendingen, den 14. Juni 1919. 297
Der Gemeinderat:
Rehm.

Bekanntmachung.

Infolge nicht genügender Milchanlieferung erhalten die Verkaufsstellen: 296

Ramie	am 16.	Juni	1919	keine	Haushaltungsmilch,	
Reinbold	„ 17.	„	„	„	„	„
Leonhardt	„ 18.	„	„	„	„	„
Bader	„ 19.	„	„	„	„	„
Oster	„ 20.	„	„	„	„	„
Schnurr	„ 21.	„	„	„	„	„
Höflin	„ 22.	„	„	„	„	„
Faller	„ 23.	„	„	„	„	„
Ramie	„ 24.	„	„	„	„	„

Vollmilch für Kinder und Kranke wird wie bisher abgegeben.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß die mit Haushaltungsmilch belieferten Verkaufsstellen dennoch zu Abzügen gezwungen sind.

Emmendingen, den 14. Juni 1919.
Städtisches Lebensmittelamt.

Tüchtige Vertreter

für landwirtschaftlichen Artikel gesucht. Gute Führung mit den Landkreisen erforderlich. 3013

Angebote über bisherige Tätigkeit usw. unter G 2864 an Haasenstein & Vogler, A.-G. Karlsruhe, erbeten.

Kriegsanleihe-Besitzer

tretet dem

Kriegsanleiher-Verband

bei. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Zwecke der Genossenschaft sind:

1. Sicherung der Reichsanleihen gegen Kursverlust und Annulierung
2. Bequeme Belehnung bis zum Nennwert, gegen ½ % extra.
3. Erhöhung der Zinsen um 1 % für Darleiher, die Anlehen für Belehnungen zur Verfügung stellen.
4. Durchführung bankmässiger Uebertragbarkeit der Reichsanleihen, auch irgend welcher Teilbeträge, nach dem Nennwert.
5. Vereinbarung von Rabatten für die Genossen und Sparer, vorteilhafte Begleichungen durch Reichsanleihe-Konten, Vergünstigungen bei Versicherungen aller Art und sonstigen geschäftlichen Abschlüssen.
6. Einlösung der Zinsen und Auszahlung zu gewünschten Terminen.
7. Verwaltung, Kauf und Verkauf von Reichspapieren.
8. Errichtung von Sparkonten, deren Einlagen durch Reichsanleihen genossenschaftlich verzinst werden.
9. Weitmöglichste Auslandsverwendung der Reichsanleihen.
10. Allgemeinere Heranziehung bis zu allmählich ausgeglichener Beteiligung an Reichsanleihen durch Pflichtteil von alljährlich 1 % vom Kapital und Einkommen für Sparkonten.

Mündliche Auskunft von 2 bis 4 Uhr nachmittags und Prospekte durch den Vertreter 3697

Fritz Vögt, Freiburg i. B., Eschholzstr. 70.

Heugrasversteigerung.

Am Dienstag, den 17. ds. Mts., vormittags 9 Uhr verlosen wir im Gasthaus zum Ochsen in Denzlingen das diesjährige Heugraserträgnis von ungefähr 60 Morgen Wiesen, wozu die Liebhaber eingeladen werden. 4053

Gleichzeitig werden 5 Aecker mit zusammen 135 Ar zum Verkauf ausgeboten.

Geschwister Sonntag.

Verein der deutsch-demokr. Partei

Die Mitglieder werden zu einer Besprechung der Bürgermeisterwahl auf

Dienstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr

in den kleinen Saal der Brauerei Bautz dahier eingeladen.

Der Vorstand.

DENTIST N. RUH
FREIBURG i. B., Rosastrasse 19
1 Minute vom Bahnhof.
Spezialität:
Künstliche Zähne ohne Gaumenplatte wie: Goldkronen, Stiftzähne, Brücken.
Schmerzloses Zahnziehen
Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam, Umarbeiten und Reparieren von schlechtsitzenden und gebrochenen Gebissen.
Es wird mein Bestreben sein, durch gewissenhafte gute Arbeit bei schmerzlosester Behandlung nach neuester Methode, das Vertrauen des zahnleidenden Publikums zu erwerben.
Durch die Verwendung von bestem 8900
Friedensmaterial
und meiner 22-jährigen Fachkenntnisse leiste ich für alle Arbeiten Garantie.

Gebr. Werkzeugmaschinen

Drehbänke, Schnellbohrmaschinen, 1 Schnellbohrmaschine, bis 60 mm, fast neu, Säulenbohrmaschinen, Schraubstöcke u. Ambosse, 1 Schlagscheere, 1 m lang bis 1 mm schneidend, Reifbiegmaschinen, 1 Stanzmaschine, 2 autog. Schweißapparate, Werkzeugstahl, rund und vierkantig, Bohrstahl, achtkantig, Gasklappen usw.

4095 **Adolf Reinheimer,** Werkzeuge und Maschinen
Merzingerstraße 32, Freiburg i. B. Telephon 3032.

Schnitte u. Stanzen, Vorrichtungen, Kaliber, Lehren f. Massenfabrikation sowie 3476a
Reparaturen und Neuanfertigung
aller vorkommenden Arbeiten fertigt durchaus präzis und sauber an
Präzisionstechn. Büro
Ing. Ludwig Bürstlein, Freiburg i. Br.
Telefon-Nr. 3019.

Gartenbauverein Emmendingen.
Uebungsstunden sind:
Montags f. alt Turner v. 8½—9½ Uhr
Dienstags f. Damenriege.
Donnerst. f. alt. Turner v. 8½—9½ Uhr
Samstags f. Männerriege v. 8 Uhr abends in der städt. Turnhalle
Der Vorstand.

Auf 1. Juli ein sauberes, williges 4094
Mädchen
für Küche u. Haushalt gesucht.
Frau Gustav Wertheimer, Eisenbahnstr. 12, Emmendingen.

Suche für sofort oder später, bei gutem Lohn, älteres, zuverlässiges 4100
Mädchen
das gut bürgerlich kochen kann. Ferner ein zweites
Mädchen
das Liebe zu Kindern hat.
Frau Apotheker Otto, Lahr i. B., Friedrichstr. 1.

Ladenlokal
in guter Geschäftslage zu mieten gesucht, evtl. würde auch ein bestehendes Kolonialwarengeschäft übernommen werden.
Angebote unter Nr. 4092 an die Geschäftsstelle der Breisgauer Nachrichten erbeten.

Scheuer
sofort zu pachten gesucht. Angebote mit Preis unt. Nr. 4097 an die Gesch. d. Bl.

PRÄ-SCHWEFEL
zerstört gründlich
echten Mehltau oder Aescherig, Black Rot, Brenner, Graufäule, Chlorose, Antracnose, Rost, Mehltau des Hopfens, Brand, Würmer u. Blattläuse.
Er verjagt die Schmarotzer an Gemüse aller Art Obst Blumen und Zierpflanzen
50 % Ersparnis
gegenüber dem Gelben
zu haben bei
J. Hofherr Ww., Nachf.
Inh. A. Burkhart
Emmendingen
Karl-Friedrichstrasse 44
Fernsprecher 178. 4086

Fette
Nähmaschinenöl 3516
Zylinderöl
Maschinenöl
Kompressorenöl
Dynamoöl
erstklassige Qualitäten vollkommen harz- und säurefrei, empfehlen in jedem Quantum
Ferle u. Braun
Ingenieur-Büro
Freiburg i. Br.
Talstrasse 40 Fernsprech. 103

Bodenöl
Friedensqualität
Spiritusfußbodenlack in allen Farben empfiehlt
Hugo Kromer
Emmendingen. 3786

Echte Remy-Reisstärke
in Brocken rein weiß u. in ca. 4 Pfund Original Paketen, ferner
echten Borax
liefert billigst 4095
Ferd. Mayer, Frankfurt a. M.
Niebeuau 26.

Neue und gebrauchte
Koch- u. Gasherde
stets zu verkaufen.
Ankauf gebraucht. Herde.
Herd-Reparaturen.
J. Schumacher, Herdgeschäft,
Freiburg i. B., Kiesastrasse 18.

Junge und alte
Ziegenfelle
Hammelfelle, Hasen- u. Scheermaus-Felle kauft stets und bezahlt die höchsten Tagespreise 4087
Alexander Kahn,
Apothekenwinkel,
Emmendingen.

Zu verkaufen:
Schwarze Tuchjacken
Seiden-Mäntel
imprägniert
1 schwarze Wollbluse
Alles neue Ware!
Sophie Steiert, Freiburg i. B.
4091 Schusterstraße 26.

Ein kleiner Posten 4090
Seidenstoff
sehr preiswert zu verkaufen
Sophie Steiert, Freiburg i. B.
Schusterstraße 26.

Preiswert zu verkaufen nur einigemal getragener, schöner 4089
Hochzeitsanzug
für starke Figur v. 1.70 Größe.
Zu erfragen b. Schneidermstr. Breisacher, Teningen.

Gründl. Unterricht
in 3118
Maschinenschreiben
und Stenographie
(Schul- u. Redeschrift)
erteilt zu mässigen Preisen:
Oscar Seiler
Freiburger Schreibstube
Freiburg, Salzstraße 4, II. Stock.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 3.— bei Abholung durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— beim Verlag.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Blätter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1892.

Nr. 138 (Evang.: Volkmar) Emmendingen, Dienstag, 17. Juni 1919. (Kath.: Adolf) 54. Jahrgang

Mit Rücksicht auf die erheblichen Lohnsteigerungen und die weitere große Preissteigerung aller Rohmaterialien sehen sich alle badischen Zeitungen gezwungen, ihren Bezugspreis ab 1. Juli zu erhöhen. Der Aufschlag beträgt für 4mal u. weniger wöchentlich erscheinende Zeitungen mindestens 20 Pfg. monatlich, 1mal täglich erscheinende Zeitungen mindestens 30 Pfg. monatlich, 2mal täglich erscheinende Zeitungen mindestens 40 Pfg. monatlich.

Karlsruhe, den 15. Juni 1919.

Verein südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V.

Der Bezugspreis der „Breisgauer Nachrichten" beträgt ab 1. Juli Mk. 1,30 im Monat.

Zu den Friedensverhandlungen.

Die Ueberreichung der Antwort der Entente.

WTB. Versailles, 16. Juni. Heute nachmittag 6¾ Uhr fand im Hotel Des Reservoirs die Ueberreichung der Antwort der a. u. a. Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge statt. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta in Begleitung des Botschaftsattaches D'Arnavon überreichte dem Ministerialdirektor Simon-Sulz und Legationsrat Freiherrn von Lersner die Dokumente, nämlich 1. den Begleitbrief, 2. die Antwort der a. u. a. Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation über die Friedensbedingungen, 3. eine Abmahnung über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands und 4. ein Exemplar der ursprünglichen Fassung des Friedensentwurfes der a. u. a. Mächte, in dem die Veränderungen mit roter Tinte eingefügt sind. Generalsekretär Dutasta erklärte, er überreiche hiermit die endgültigen Bedingungen der a. u. a. Mächte. Die deutsche Delegation solle in einer Frist von fünf Tagen vom Zeitpunkte der Ueberreichung an gerechnet, erklären, ob sie gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder nicht.

Ministerialdirektor Simon erwiderte im Namen der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in Weimar, die Frist von fünf Tagen sei zu kurz bemessen. Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen Grafen Brockdorff erklärte er, die deutsche Regierung und die deutsche Friedensdelegation behielten sich vor, eine Verlängerung der Frist zu verlangen. Herr Dutasta entgegnete, er werde den a. u. a. Regierungen von dieser Erklärung Kenntnis geben.

Die Ueberreichungszeremonien dauerte im ganzen sieben Minuten.

Kurz vor 9 Uhr kam Dutasta nochmals nach Versailles und teilte dem Ministerialdirektor Simon mit, die alliierten und assoziierten Regierungen hätten sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern. Im Namen der deutschen Friedensdelegation erwiderte Ministerialdirektor Simon, die Frist reiche jedoch nicht aus, die deutsche Regierung erst in der Lage sein, einen endgültigen Entschluß zu fassen, und sie werde den alliierten und assoziierten Regierungen mitteilen, ob die Frist von 7 Tagen eingehalten werden kann.

WTB. Paris, 16. Juni. Reuter. Die von den Alliierten auf die deutschen Bemerkungen zu den Friedensbedingungen erteilte Antwort ist heute veröffentlicht worden. Sie wird eingeleitet durch einen Mantelbrief, in dem gesagt wird: In den Augen der alliierten u. assoziierten Mächte war der Krieg das größte Verbrechen gegen die Menschheit, das jemals begangen wurde. Deutschland hat seinen österreichischen Verbündeten ermutigt, Serbien den Krieg zu erklären. Der Brief zählt dann die deutschen Verbrechen auf und sagt: Deutschland muß es auf sich nehmen. Wiedergutmachung zu leisten. Der Brief fährt weiter aus: Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiederherstellung eines polnischen Staates durch sichern Zugang zum Meere Vorsorge getroffen. Das Regime betr. das Saarbecken wird für fünfzehn Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Alliierten sind überzeugt davon, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Der Brief fügt hinzu: Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem frühen Zeitpunkt möglich sein, den Völkerbund durch die Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. — Betreffs der deutschen Beschuldigungen gegen die Blockade heißt es: Die Blockade ist zu jeder Zeit eine gesetzlich anerkannte Methode der Kriegführung gewesen.

Die Antwort der Alliierten auf die deutschen Bemerkungen sagt dar, in dem deutschen Memorandum sei nichts enthalten, was die Ueberzeugung der Alliierten erschüttere, daß die unmittelbare Ursache des Krieges die wohlüberlegte Anschauung verantwortlicher Personen gewesen sei, die Lösung der europäischen Frage gewaltsam herbeizuführen, wenn nötig durch einen Krieg. Die Alliierten halten dafür, daß die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich verantwortlich dafür sind, eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer allmählich zu verringern, als bisher bestimmt war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachungen betrifft, so kann Deutschland eine Pauschalsumme für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.

WTB. Versailles, 16. Juni. Auf der Fahrt vom Hotel „Des Reservoirs" in Versailles zum Bahnhof Noisy le Roi, von wo der Sonderzug mit der deutschen Friedensdelegation nach Weimar abfuhr, wurden aus der Menschenmenge heraus nach einzelnen Autos Steine geworfen. Es wurden infolgedessen mehr oder weniger leicht verletzt: das Mitglied der Delegation Dr. Melchior, Oberstleutnant v. Xylander, Assessor Dr. Meier und Frau Dornblüht, die an der Seite des Reichspostministers Giesberts saß. Die Kundgebungen der Menschenmenge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Johlen, Rufen und Schreien, als sich die Mitglieder der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel „Des Reservoirs" und dem Hotel „Suisse und Patel" zeigten.

WTB. Versailles, 15. Juni. Wie der Temps erfährt, soll nach dem abgeänderten Entwurf eine Volksabstimmung in Schleswig nur in zwei von den drei ursprünglich ins Auge gefaßten Zonen stattfinden. Die Maßnahmen für den internationalen Schutz der deutschen Minderheiten sollen keinesfalls auf Elsaß-Lothringen, welches als rein französisches Deutschland wieder genommenes Land gilt, ausgedehnt werden.

WTB. Versailles, 16. Juni. „Chicago Tribune" berichtet, daß Marschall Foch kurz nach seinem Eintreffen im alliierten Hauptquartier in Luxemburg von Clemenceau nach Paris zurückberufen wurde, um dort die Nachricht abzuwarten, ob die Deutschen unterzeichnen werden oder nicht. Wilson wird heute nacht Paris verlassen, um Brüssel, Ypern und Löwen zu besichtigen. Er wird am Freitag wieder in Paris sein.

WTB. Amsterdam, 16. Juni. Laut „Nieuws van den Dag" meldet der Newyork Herald" aus Paris, daß die türkische Delegation wahrscheinlich am Dienstag vom Rat der Vier empfangen werden wird. Ueber den Inhalt der Friedensbedingungen der Türkei verlautet, daß das türkische Reich in Kleinasien weiterbestehen wird. Der Sultan werde die gesamte politische und religiöse Oberaufsicht erhalten. Die Türkei müsse auf alle Rechte über Konstantinopel verzichten. Konstantinopel werde unter internationale Kontrolle gestellt.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Schwere Unruhen in Lübeck.

WTB. Lübeck, 14. Juni. Seit heute morgen herrschen hier schwere Unruhen, die zu zahlreichen Plünderungen geführt haben. Der Rathauskeller, verschiedene Weinrestaurants, zahlreiche Lebensmittelstände, Kaffees und Hotels wurden vollständig ausgeraubt. Den Anlaß dazu gab die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln. Vom Senat wurde einer Kommission von Arbeitern zugesichert, daß mittags Fische verteilt würden, ebenso Speck. Die Unruhen dauern noch fort. Durch das Einschreiten organisierter Arbeiter, die eine Schutzwache für einzelne Restaurants usw. bildeten, ist den Plünderern ein Riegel vorgeschoben worden. Nur in den Vorstädten und Randstraßen wird noch weiter geplündert.

WTB. Lübeck, 14. Juni. Auf Ersuchen des Senats wird das Reichswehrbataillon Entin bei neuen Unruhen nach Lübeck geführt werden. Am Abend fand eine Sitzung der Bürgerschaft statt, in der scharfe Angriffe gegen die Sicherheitswehr gemacht wurden. Diese habe vollständig versagt. Der Wortführer faßte die stundenlangen Besprechungen dahin zusammen, daß der Senat ersucht wird, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die Ernährung der Bevölkerung zu verbessern und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen. Insbesondere wurde ersucht, den Wucher und Schleichhandel zu bekämpfen und die nötigen Garantien für Ruhe und Ordnung in der Stadt zu schaffen.

Sonstige Meldungen

WTB. Wien, 15. Juni. (Wiener Korr. Büro). Die organisierte sozialdemokratische Arbeiterschaft hatte sich gemäß der bereits gestern vom Arbeiterrat ergangenen Parole, daß die Wiener Arbeiterschaft sich nicht zu gewissen Putschen mißbrauchen lassen solle, der heutigen Aktion ferngehalten. Der heutige Leitartikel der Wiener Arbeiterzeitung verurteilt jeden versuchten Putschversuch, da er hinsichtlich der Ernährungslage In einem zweiten Artikel legt die Arbeiterzeitung die Herkunft des Geldes für den kommunistischen Etat dar. Die Agitation in Wien und in Deutsch-Oesterreich werde mit vielen Millionen Geldern gehenden Summen von der ungarischen Regierung bezahlt. Das Blatt führt als Beleg dafür mehrere Quittungen an, darunter eine vom 27. 3. über 250 000 Kr., eine andere über 200 000 Kr., die die ungarische Gesandtschaft in Wien den Kommunisten überwiesen habe, des weiteren den Betrag von einer Million Kronen vom 30. 4. an die gleichen Empfänger. Das Blatt nennt eine Anzahl von Personen, denen Summen übergeben wurden, und erklärt schließlich, daß in der Leitung der Wiener Kommunistenpartei auch ein ungarischer Kommunist sitze.

WTB. Wien, 15. Juni. (Wiener Korr. Büro). Nach Schluß der heutigen Kommunistenversammlung vor dem Rathause zogen die Teilnehmer nach dem Parlament, wo sich eine Abordnung zu dem Staatssekretär des Innern begab, und sodann zum Landgericht, um die Freilassung der dort angeblich seit gestern inhaftierten kommunistischen Führer durchzusetzen, und im Landgericht befanden, in der Richtung auf die Polizeidirektion bezw. das Polizeigefangenenhaus. Polizei und Stadtschutzwache verweigerten den Zugang zum Polizeigefangenenhaus, gab jedoch später nach, als die Menge mit Eisenstücken usw. angriff, wobei der Polizeiinspektor schwer verletzt wurde. Als nun, wie einwandsfrei festgestellt ist, Schüsse aus der Menge fielen, gab die Wache drei Luftsalven ab. Als die Demonstranten noch immer nicht zurückwichen, fiel eine scharfe Salve. Nunmehr flüteten die Massen zurück, sammelten sich aber bald wieder. Es gelang einigen Trupps, auf Umwegen zum Polizeigefangenenhaus vorzudringen, wo inzwischen die verhafteten Kommunisten größtenteils entlassen worden waren. Wie bisher festgestellt wurde, wurden fünf Mann der Schutzwachen mehr oder minder schwer verletzt, auf seiten der Demonstranten wurden 66 Personen verletzt, davon sieben oder acht tödlich. Abgesehen von dem umnittelbaren Schauplatz der Ausschreitungen herrscht in der ganzen Stadt Ruhe.

WTB. Christiania, 15. Juni. Der Hilfskreuzer „Berlin" ist heute hier angekommen. Das Schiff hat alles, was es bei der Internierung an die norwegische Behörden abliefern mußte, zurückerhalten und geht heute abend oder morgen nach Deutschland in See.

WTB. Amsterdam, 15. Juni. Nach englischen Zeitungen vom 12. 6. sind in dem Schiffsverkehr zwischen England, den Vereinigten Staaten und Kanada Stockungen eingetreten, weil die Schiffsstewards streiken.

WTB. Amsterdam, 15. Juni. Bei einem Aufruhr in Malta wurde nach Meldungen in den englischen Blättern vom 12. 6. das Gebäude des Malta Daily Chronicles zerstört und eine englische Flagge vor dem Lyceum in Stücke gerissen.

Zur Lage im Osten.

WTB. Berlin, 15. Juni. Auf den Brief vom Reichsminister Erzberger, den dieser auf die beunruhigenden Meldungen von der deutschpolnischen Demarkationslinie hin an den Chef der französischen Mittärmission in Berlin, General Dupont, am 12. 6. gerichtet hat, hat Dupont am 14. 6. geantwortet, daß die Beschwerdepunkt. d. h. die Zurückgabe des leeren Materials, sei dadurch behoben, daß seit dem 14. 6. vier leere Züge von Posen nach Deutschland zurückkehrten. Bezgl. der Verwendung der Division Haller gegen eine deutsche Front habe er sofort nach Warschau telegraphiert, um Erzbergers Standpunkt mitzuteilen, und nach Spaa, um von den mündlichen Verpflichtungen, die der Marschall ihm gegenüber eingegangen wäre, Kenntnis zu bekommen. Die Antwort werde er sofort mitteilen.

WTB. Königsberg, 15. Juni. Die Räumung der Oststaaten durch die deutschen Truppen hat weitere Fortschritte gemacht. Auf der Frontlinie sind die deutschen Truppen fast an allen Stellen zurückgezogen. Der Abtransport verschiedener Formationen ist durchgeführt worden. Auch die Materialabtransporte werden trotz der bestehenden Schwierigkeiten weitergeführt.

WTB. Helsingfors, 15. Juni. Ein russischer Funkspruch meldet, daß die Truppen der Moskauer Sowjetregierung nach dreitägigem hartnäckigem Kampfe Ufa eingenommen haben, was als der bedeutendste militärische Erfolg der letzten Monate gelte. Bei der Einnahme sollen viele Gefangene gemacht und große Mengen Munition und Eisenbahnmaterial erbeutet worden sein.

Ein neues Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz.

WTB. Bern, 14. Juni. Der Bundesrat und die deutsche Regierung haben gestern das Abkommen über den Ausfuhrverkehr zwischen der Schweiz und Deutschland ratifiziert:

A. Nach demselben erteilt Deutschland Ausfuhrbewilligungen für 1.) Kohlen (Ruhrprodukte) 50 000 Tonnen monatlich gemäß dem Vertrage, der in Basel am 9. Mai 1919 zwischen der rheinischen Kohlengesellschaft und der Nederelgesellschaft in Mühlheim an der Ruhr und der schweizerischen Kohlengenossenschaft in Basel abgeschlossen worden ist. 2.) Linksrheinische Braunkohlenbriketts 12 000 Tonnen monatlich unter der Voraussetzung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Beförderung ermöglichen. Deutschland wird, soweit es die Verhältnisse insbesondere die Benutzung des Rheines und der rechtsrheinischen Bahnen gestatten, alles irgendmögliche tun, um über die oben angegebenen Mengen hinaus Ausfuhrbewilligungen für Kohle zu erteilen. Es wird in dem ernsten Bestreben, die Schweiz mit Kohle zu versorgen, das Mögliche tun.

um die Lieferanten zur Lieferung anzuhalten und den Transport zu fördern. 3.) Eisen und Stahl. Deutschland verpflichtet sich, den schweizerischen Wünschen bezgl. Versorgung mit Eisen und Stahl, insbesondere durch Erteilung der Ausfuhrbewilligung im Rahmen des Möglichen nachzukommen. 4.) Kalisalz, 20- oder 30%iges, 25 Wagen monatlich. 5.) Thomasmehl 125 Wagen monatlich. 6.) Rohzucker als Ersatz für aus der Schweiz zu beziehende kondensierte Milch und Schokolade für die Dauer des Abkommens 25 Wagen monatlich.

B. Die Schweiz erteilt Ausfuhrbewilligungen über 1.) Milcherzeugnisse 50 Wagen monatlich. 2.) Frischmilch für Lieferung nach Möglichkeit im bisherigen Umfange. 3.) Vollreis 25 Wagen monatlich. 4.) Schokolade oder Kakaopulver monatlich 25 Wagen. 5.) Frucht- und andere Konserven (Fleischkonserven ausgeschlossen) 70 Wagen monatlich. 6.) Rindvieh für die Dauer des Abkommens nach Möglichkeit bis zu 5000 Stück. 7.) Ziegen für die Dauer des Abkommens 2500 Stück. — Rindvieh und Ziegen sind vorgesehen für Lieferung im Herbst (beginnend Ende August 1919).

C. Die vorgesehenen Austauschmengen verstehen sich per Wagen um je netto 10 000 Kilogramm. Die beiden vertragschließenden Teile sichern sich möglichst rasche und reibungslose Erleichterungen bei der Erteilung der Ausfuhrbewilligungen zu. Sollte eine Stockung in der Ausfuhr eintreten, so ist der dadurch betroffene vertragschließende Teil berechtigt, seinerseits mit seinen Lieferungen nach vorangegangener Anzeige entsprechend zurückzuhalten.

D. Dieses Abkommen über den Ausfuhrverkehr läuft vom 1. 6. bis 30. 9. 1919, doch hat jeder Teil das Recht, mit einmonatlicher Frist jederzeit zu kündigen. Dieses Abkommen wird in zwei Exemplaren ausgefertigt und von den Delegierten des Deutschen Reiches und dem schweizerischen Bundesräten unterzeichnet. Es unterliegt der Ratifikation durch die beiden Regierungen.

WTB. **Berlin**, 15. Juni. Zu dem Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz wird von zuständiger Stelle erklärt: Der Abschluß dieses neuen Wirtschaftsabkommens wird in Deutschland allgemein mit Genugtuung begrüßt werden, bietet es doch einen neuen Beweis für die guten Beziehungen zu unserem Nachbarstaat und die engen gegenseitigen Wirtschaftsinteressen, die trotz der schwierigen Lage, in der sich Deutschland augenblicklich befindet, einen Ausgleich ermöglicht haben, der beide Teile befriedigen kann. Hoffentlich wird dieses Abkommen unseren Arbeitern als weiterer Ansporn dienen, alles daran zu setzen, um durch rastlose Arbeit unsere Produktion so zu fördern, daß wir unseren Zusagen in dem Vertrage auch gerecht werden können; denn auch dieser Vertrag zeigt, daß wir nur dann Aussicht haben, Lebensmittel aus dem Auslande zu erhalten, wenn wir selbst durch unserer Hände Fleiß die Werte schaffen, die das Ausland als Gegenleistung verlangt und ohne die es nicht gewillt ist, uns Unterstützung zu gewähren. — Wie wir hören, soll bereits mit der Lieferung von Kali und Kohle nach der Schweiz begonnen sein, sodaß wir auch die Schweizer Zufuhren, vor allen Dingen die uns so nötige Milch und Milcherzeugnisse bald erwarten können.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

WTB. **Weimar**, 15. Juni. Die heutige Schlußsitzung des Parteitages der Sozialdemokratie Deutschlands führte die Verhandlungen über das für die Verfassung vorgesehene Rätesystem zu Ende. Die Leitsätze des Referenten Cohen, in denen die Entwickelung der Betriebsräte zur Ständekammer vorgesehen ist, wurden mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Dagegen wurden die Leitsätze des Referenten Dr. Sinzheimer in Verbindung mit den Vorschlägen Katzensteins mit sehr großer Mehrheit angenommen. Arbeitsminister Bauer legte den Standpunkt der Regierung dar. Darnach sind die Betriebsräte als Organe der Gewerkschaften zu betrachten. Es sei ausgeschlossen, den Betriebsräten die gleichen Befugnisse einzuräumen, wie sie Besitzer und Leiter der Betriebe haben. Auch in sozialisierten Betrieben müßten wir eine Betriebsleitung haben, die von der Gemeinde oder vom Reich eingesetzt ist. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte erstreckt sich hauptsächlich auf Arbeiterschutz und alle wesentlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Von jeder Anstellung sind die Betriebsräte in Kenntnis zu setzen. Sie können Widerspruch erheben, wenn allgemeine wirtschaftliche Interessen des Betriebes verletzt werden. Politische Betätigung und religiöse Auffassung dürfen niemals ein Grund bei der Ablehnung der Anstellung sein. Der Unternehmer hat das Recht zur Kündigung. Der Gekündigte kann, wenn er sich benachteiligt fühlt, den Betriebsrat anrufen.

Arbeiterbewegung.

WTB. **Paris**, 15. Juni. Reuter meldet aus Paris, daß der allgemeine Verkehrsstreik nach einer Unterredung Clemenceaus mit einer Abordnung der Ausständigen beigelegt wurde und daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wird.

Badischer Landtag.

Politische Aussprache im badischen Landtag.

oc. **Karlsruhe**, 14. Juni. In der gestrigen Sitzung des bad. Landtags kamen zwei von der deutsch-natl. Volkspartei eingebrachte Interpellationen zur Sprache, in welchen die Frage gestellt wird, ob die Staatsregierung die Aeußerung des Ministers Remmele auf einer Landesversammlung der Arbeiterräte dahingehend, Mitglieder der deutsch-natl. Volkspartei dürfen der Bürgerwehr nicht angehören, aufrecht erhalte und weiterhin wie sich die Regierung zu einem Erlaß des Ministeriums des Innern stelle, in welchem der Vorwurf rechtsstehender Blätter, die drei Mehrheitsparteien trügen die Schuld an Deutschlands Demütigung, zurückgewiesen wird. Die Interpellationen wurden von Abg. Mayer-Karlsruhe (D.-N.) begründet, der ausführte, die rechtsstehenden Parteien könnten es sich nicht gefallen lassen, daß man auf sie um die Linke zu beruhigen, mit Steinen werfe. Gerade weil man von den Spartakistischen Putsche zu befürchten hat, sollte die Regierung darauf bedacht sein, die Ordnung liebenden Elemente zu sammeln.

In der Beantwortung der Interpellation bemerkte der Minister des Innern, Remmele, die Regierung, insbesondere die sozialdemokr. Minister, seien fortgesetzt Gegenstand der heftigsten und persönlichsten Angriffe, die die Unabhängigen und Kommunisten mit den Deutsch-Natl. auf eine Linie im Kampf gegen die Regierung stellten. Der Minister erklärte sodann, wenn alle Mittel der Diplomatie und der Politik versagten und man gegen die Regierung Gewalt einsetze, dann werde sie auch mit Gewalt antworten. In die Reihen der Freiw.-Bataillone drängten sich nicht nur Spartakisten, sondern auch Anhänger der anderen Seite, die der Regierung Schwierigkeiten machten. Diese müßten aus den Bataillonen entfernt werden. Der Minister führte dann weiter aus, der Angriff der Heidelberger Zeitung, daß die Wohnungen der soziald. Minister mit Größe zogl. Möbeln standesgemäß ausgestattet worden seien, sei unrichtig, es habe sich um staatliche Möbel gehandelt, mit denen im Staatsministerium ein Repräsentationsraum eingerichtet worden sei.

In der Aussprache über die Interpellationen erklärte Abg. Meißmann (Soz.) die sozialdemokr. Fraktion billige die Ausführungen des Ministers. — Abg. Mayer (D.-N.) kritisierte, daß man einen Teil des Volkes das Recht nehme, dem Vaterland zu dienen. — Abg. König (Dem.) hielt die Einbringung der Interpellationen für keinen glücklichen Gedanken. Die Haltung der Deutsch-Natl. werfe Wasser Wasser auf die Mühlen der Spartakisten und Kommunisten. — Abg. Dr. Schofer (Ztr.) äußert sich dahin, es wäre besser gewesen, wenn die Interpellationen zurückgezogen worden wären. Eine Debatte über die Schuld oder Nichtschuld am Kriege sollte man unterlassen, denn dazu fehlten heute noch die genauesten Geschichtskenntnisse. Der Redner warnte die ultraradikalen Kreise der Arbeiterschaft es zu weit zu treiben, sonst käme die Reaktion. — Abg. Dr. Kraus (Soz.) polemisiert gegen die Deutsch-Nationalen und Konservativen und Abg. Karl (D.-N.) führt aus, auch im Zentrum und unter den Demokraten könne man heute noch Monarchisten finden. Um 1/1 Uhr wurde die Weiterberatung auf nachm. 1/4 Uhr vertagt.

Interpellationen und Anträge im badischen Landtag.

oc. **Karlsruhe**, 13. Juni. Die deutsch-demokratische Fraktion hat im Landtag folgende Interpellation eingebracht: „Aus welchen Gründen werden die Volkswehren im bisherigen Umfang aufrecht erhalten? Ist das badische Volksheer noch nicht soweit formiert, daß es zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausreicht? Ist die Regierung entschlossen, alsbald den Abbau der Volkswehren nach einem bestimmten Plane vorzunehmen?"

Der demokr. Abg. Neck hat mit Unterstützung seiner Fraktion folgende Anträge im Landtag eingebracht: „1. die Regierung zu ersuchen, die Ausübung der Jagd im Hardtwald, — etwa nördlich des Eggensteiner-Hagsfelderweges, — öffentlich zu verpachten; 2. die Regierung zu ersuchen, das noch im Hardtwald befindliche Wild, Hirsche und Wildschweine, in einem noch näher zu bezeichnenden abgegrenzten Bezirk zu sammeln und zu erhalten, ferner diesen Park als Landeswildpark jedermann zugänglich zu machen."

Vermischte Nachrichten.

Paris, 15. Juni. Wie das Journal meldet, hat der französische Leutnant Lasale gestern in Issy les Moulineaux einen neuen Höhenweltrekord mit 10 100 Metern aufgestellt. Der Gesamtflug dauerte eine Stunde 45 Minuten.

Aus Baden.

Die Gefährdung der badischen Frühobstversorgung.

oc. **Karlsruhe**, 13. Juni. Unter dieser Ueberschrift wird in einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Zeitung" mitgeteilt, daß in den Kreisen der Obsthändler und Obstzerzeuger gegenwärtig eine Flugschrift verbreitet wird, in welcher unter Zugrundelegung eines Schreibens des Reichsernährungsministers sämtliche Maßnahmen der badischen Regierung in der Frühobstversorgung für ungültig erklärt werden. In dem Flugblatt wird weiter ausgeführt, Jedermann könne bei Jedermann jede Menge jeden Frühobstes kaufen und mit jedem Transportmittel an jeden Punkt des deutschen Reiches bringen. Nur die Reichsstelle könne Beschränkungen einführen, die badische Regierung oder deren Organe jedoch nicht. Falls der freie Handel durch Gendarmen, sogenannte amtliche Aufkäufer, Bahn- oder Postifellen usw. behindert werde, möge man der Trockenanlage für Gemüse und Obst, G. Obermaier in Freiburg, sofort Mitteilung machen, die sich unverzüglich an den Reichsernährungsminister wenden werde. — Zu diesem Flugblatt erklärt nun das Ministerium des Innern, daß es in einer Weise zulässig ist, die Maßnahmen der badischen Regierung auf dem Gebiete der Obstversorgung für ungültig zu erklären. Ebensowenig sei es zulässig, daß künftig Jedermann Obst ankaufen und außerhalb Badens verbringen lassen könne. Die badische Regierung werde, gegen solche Versuche mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln vorgehen.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Baden.

oc. **Karlsruhe**, 13. Juni. Die deutsch-demokratische Fraktion hat folgende Interpellation eingebracht: „Die Wiederaufnahme der handelsbeziehungen mit dem Weltmarkt wird durch den Friedensvertrag und durch die schlechte Valuta derart erschwert, daß in absehbarer Zeit eine starke Zufuhr von Lebensmitteln zur ausreichenden Ernährung unserer Bevölkerung vom Auslande nicht zu erwarten ist. Bei dieser Lage der Dinge ist der Ausbau der heimischen Landwirtschaft, die Steigerung ihres Ertrages die wichtigste Aufgabe der Regierung und eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Welche Maßnahmen wird die Regierung sofort ergreifen, um die landwirtschaftliche Produktion in Baden zu steigern, neues Ackerland zu gewinnen, schlechtes Ackerland und Wiesen zu verbessern, die Zahl der selbständigen Bauern zu vermehren?"

* * *

WTB. **Offenburg**, 15. Juni. Die „Offenburger Zeitung" berichtet über das Polizeiregiment der Franzosen im Hanauerland, daß in Legelshurst wegen unerlaubten Verlassens des besetzten Gebietes einige Einwohner empfindlich bestraft wurden. Ein Mann erhielt z. B. aus dem genannten Grunde vier Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe. Die Einwohner wurden nachts aus den Betten geholt und mußten sich versammeln. Wer fehlte, wurde aufgeschrieben.

WTB. **Ötrach**, 15. Juni. Nachdem die Regierung entsprechende Maßnahmen getroffen hat, um die Lebensmittelversorgung der Eisenbahner in Weil, Leopoldshöhe und Haltingen zu bessern, ist das von den dortigen Eisenbahnern gestellte Ultimatum zurückgezogen worden, sodaß also die angedrohte Zugseinstellung nicht erfolgt.

WTB. **Todtmoos**, 15. Juni. Seit einigen Tagen wurde ein Hiesiger Einwohner vermißt. Die Leiche wurde nunmehr in einem Teich in der Nähe des Ortes gefunden. Näheres muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Die Allwördens.

Roman von Fr. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.

45) (Nachdruck verboten.)

Der Legationsrat verneinte. Unwillkürlich hob ein befreiender Atemzug ihre Brust. Dann war es ja nichts so Schlimmes, weshalb man sie gerufen. Was konnte es sein? Die Kinder waren doch gesund?

Er hatte Mitleid mit der ahnungslosen Frau.

„Lella", sagte er weich, „fasse dich — ein Unglück ist geschehen. Thekla ist —"; er brach ab, er konnte das Wort nicht über die Lippen bringen.

„Was ist mit Titi?" schrie sie auf.

„Sie ist mit Offi Kahn gefahren; der Kahn ist umgeschlagen. Offi hat gerettet werden können — Thekla ist ertrunken."

„Ertrunken — sagst du? Titi ertrunken?! Das ist ja nicht wahr; das kann nicht wahr sein."

Er hatte Angst vor dem verzerrten Frauengesicht, aus dem ihn die Augen mit irrem Blick anstarrten.

„— Kann doch nicht wahr sein", wiederholte sie lallend. Beruhigend legte er den Arm um ihre Schulter.

„Fasse dich, Lella, es ist leider wahr."

Da riß sie sich mit einer ungestümen Bewegung los von ihm und stürmte vorwärts.

„Mein Kind, wo ist mein Kind?" schrie sie.

Man wies ihr den Weg, scheu vor ihr zurückweichend. Der große Hut auf ihrem Kopfe schwankte, saß schief — mit einem heftigen Ruck riß sie ihn von ihren Haaren und warf ihn zu Boden.

Vor Theklas letztem Ruhelager brach sie zusammen — aber die Besinnung verlor sie nicht. In fieberhafter Hast betastete sie den Körper, schüttelte ihn, rief lockende Worte — doch keine Antwort kam — —

Ein Schrei, der nichts Menschliches mehr an sich hatte, rang sich aus ihrer Brust. Auf den Knien liegend wandte sie sich um und sah Rüdiger, der ihr gefolgt war, um unheimlich drohenden Augen an.

„Wie konnte das geschehen?!"

Er gab ihr Bescheid; sie konnte den Sinn seiner Worte nicht klar erfassen.

„Wo waret denn ihr?" keuchte sie, „hat denn niemand acht gegeben, daß mein Kind, mein schönes, unglückliches Kind einen so elenden Tod finden mußte! Warum antwortest du denn nicht? — O, ihr alle, ihr alle tragt die Schuld daran!" fuhr sie gellend auf.

Scheu drückte sich die Dienerschaft vor der offenen Tür herum.

„Klage nicht an, Lella!" sagte Rüdiger, „beschwere niemand mit einem solchen Vorwurf! Es ist ein unglücklicher Zufall, Theklas eigene Unvorsichtigkeit —"

„Ah, du hast sie nie gemocht! Und nun beschuldigst du mein armes Kind, das sich nicht mehr verteidigen kann! — Wo warst denn du, Rüdiger? Und der Vater —? Euch mache ich verantwortlich."

Er rechtete nicht mit ihren Worten; sie war ja eine in ihren tiefsten Tiefen erschütterte Frau, die nie im Leben etwas Trübes erfahren hatte, und nun doppelt leiden mußte.

Erschüttert beugte er sich zu ihr nieder und wollte sie emporheben; doch sie stieß ihn von sich.

Da trat Ottokar zu ihr hin, schwankenden Schrittes; um Jahre gealtert sah er aus.

„Lella", in halberstickten Stöhnen rang sich ihr Name von seinen Lippen.

Sissi weinte bitterlich und hinkte auf sie zu.

„Mama, liebe Mama! Die arme Titi —"

Doch die Gräfin rief außer sich:

„Ja, die arme Titi — sie mußte gehen! — Warum nicht du — —?"

Da wurde das Kind totenblaß und starrte die Mutter mit einem so herzzerreißenden Blick an, daß es Rüdiger in die Seele schnitt; ihr Weinen verstummte, und mit einer verzweifelten Gebärde warf sie sich dem Vater leise wimmernd in die Arme.

In Rüdiger quoll ein heißer Zorn auf. Das hätte Lella auch in ihrem größten Schmerze nie sagen dürfen! Nie konnte sie verantworten, was sie mit diesen Worten in ihres Kindes Seele vernichtet hatte. War sie denn ganz von Sinnen?

Da richtete sich Lella auf. Ein plötzliches Erinnern kam ihr.

„Wo ist die Berger?"

„Die ist noch leidend, Lella! Du kannst sie jetzt nicht fragen! Ich habe dir ja bereits alles mitgeteilt! Willst du nicht erst nach Offi sehen? Der Arzt ist bei ihm!" sagte Rüdiger.

„Die Berger soll kommen!" beharrte sie eigensinnig, „sie soll kommen! Von ihr selbst will ich hören, wie sich alles zugetragen hat.

Blaß und zitternd, mit Tränen in den Augen, stand Lore dann vor ihr.

„Ich habe Thekla nicht mehr retten können!" flüsterte sie, „es ging über meine Kraft —"

Gräfin Lella stürzte auf sie zu, faßte sie fest an den Oberarmen und schüttelte sie.

„Gib mir mein Kind wieder!" schrie sie, „von dir fordere ich es — du bist verantwortlich gewesen — du trägst die Schuld —"

Wimmernd sank das junge Mädchen in die Knie.

„Ich habe keine Schuld!"

„Ihnen waren die Kinder anvertraut. In [illegible] Leichtsinn haben Sie Ihre Pflicht vergessen."

Schmerzlich schrie Lore da auf und legte die Hand vor das Gesicht.

Der Griff der Frau tat ihr so weh; mit eiserner Gewalt und einer Kraft, die man ihnen nicht zugetraut, hatten sich Lellas zarte Fingerchen in ihren Arm gekrallt. Gellend schrie ihr die Gräfin eine Flut von Anklagen ins Gesicht.

Da riß Rüdiger das wehrlose Mädchen in seine schützenden Arme.

(Fortsetzung folgt.)

Von den Parteien.

♂ **Emmendingen**, 17. Juni. Die Mitglieder der deutschen demokratischen Partei werden nochmals auf die heutige Hauptversammlung zwecks Besprechung der Bürgermeisterwahl aufmerksam gemacht. Beginn der Sitzung abends 8 Uhr kleiner Saal Brauerei Banz.

× **Emmendingen**, 17. Juni. Anläßlich der Beisetzung Rosa Luxemburgs hielt am letzten Freitag abend die sozialdemokratische Partei eine Gedächtnisfeier für die Revolutionsopfer im „Dreikönigssaal" ab. Die Versammlung war den Zeitverhältnissen entsprechend gut besucht. Genosse Kleinfibi-Freiburg war als Redner erschienen und entledigte sich einer Aufgabe in vorzüglicher Weise. Am Schlusse seiner eindrücken Rede wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Begräbnistage von Rosa Luxemburg in Emmendingen zur Feier der Revolutionsopfer versammelten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erheben schärfsten Protest gegen das Bluturteil, das in unverantwortlicher Eile an dem Genossen Levine-Niessen vollstreckt wurde. Als Sozialisten halten sie fest an dem hohen Prinzip der Partei, die Unverletzlichkeit des Lebens vor allem zu achten, was Menschenantlitz trägt. Sie scheuen sich nicht, auch den Parteigenossen im bayrischen Ministerium ihre tiefe Mißbilligung darüber auszudrücken, daß sie die Vollstreckung des verabscheuenswürdigen Urteils zugelassen haben. Mit der überwältigenden Mehrheit des werktätigen Volkes wissen sie sich einig in der Ablehnung von Standgerichten, die dem Volksbewußtsein Hohn sprechen. Sie erwarten, daß diese Gerichte aufgehoben und die übrigen Führer der bayrischen Räterregierung zur Rechtsprechung einem Volksgericht überwiesen werden. Sie fordern von ihren Parteigenossen im bayrischen Ministerium, daß sie unter allen Umständen ein Verfahren gegen Ernst Toller verhindern, wie es gegen Levine-Niessen angewandt wurde."

♢ **Emmendingen**, 17. Juni. Am vergangenen Freitag abend 8 Uhr hielt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei im großen Saale der Brauerei Banz eine stimmungsvolle Trauerfeier anläßlich der Beerdigung von Rosa Luxemburg ab. Die Veranstaltung, die trotz des guten Besuches einen intimen Charakter nicht vermissen ließ, wurde durch musikalische Darbietungen des Arbeitermusikvereins von Emmendingen eingeleitet. Eine Genossin der Sozialistischen Studentengruppe von Freiburg brachte einige Revolutionsgedichte zum Vortrag, während ein sozialistischer Student den Lebenslauf von Rosa Luxemburg in sehr anschaulicher Weise schilderte und die Versammlung aufforderte, im Geiste unserer totenkämpferin tätig zu sein. Ebenfalls streifte der Redner die Persönlichkeit unseres erschossenen Arbeiterführers Levine-Niessen. Mit dem gemeinsamen Gesang des Sozialistenmarsches schloß die Kundgebung. Obwohl die Mehrheitssozialisten eine Gegenagitation eingeleitet hatten, um die Arbeiter von der U. S. P. fernzuhalten, konnten dieselben doch kaum mehr Teilnehmer aufbringen. Den Arbeitern dämmert endlich auch einmal die Wahrheit.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

♂ **Emmendingen**, 16. Juni. (Ein Tarifvertrag im Friseur- und Perrückenmachergewerbe.) Nach einer in der „Karlsruher Zeitung" vom 23. Mai ds. Js. veröffentlichten Notiz wurde am 23. April vor dem Badischen Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe ein Tarifvertrag für das Friseur- und Perrückenmachergewerbe in Baden vereinbart, der hinsichtlich der Arbeitszeit die folgenden Bestimmungen enthält: Für alle im Friseurgewerbe beschäftigten Gehilfen, Gehilfinnen, Lehrlinge und Lehrmädchen beginnt die Arbeitszeit an Werktagen morgens um 8 Uhr und endet abends 7 Uhr bei einer Mittagspause von 1½ Stunden. Samstags und vor gesetzlichen Feiertagen wird die Arbeitszeit um 2 Stunden, bis spätestens 9 Uhr abends verlängert. An Sonntagen und an gesetzlichen Feiertagen herrscht vollständige Betriebsruhe in- und außerhalb der Geschäftsräume, jedoch wird am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertag in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags gearbeitet.

♂ **Emmendingen**, 16. Juni. Von herrlichem Wetter begünstigt fand am gestrigen Sonntag 9 Uhr vormittags auf dem Turn- und Spielplatze in Freiburg eine Zusammenkunft der Turn- und Turnwarte des badischen Oberlandes statt. Der Hauptzweck bestand darin, für die Jungmannschaften praktische Uebungen an Reck, Barren und Pferd den derzeitigen Zeitverhältnissen entsprechend durchzuturnen und zu besprechen. Kreisspielwart und Turnlehrer Kemm von Bruchsal begrüßte die von der Freiburger Turnerschaft zu Verfügung gestellte Jungmannschaft und wies auf die Bedeutung des Turnens bezw. Spielens von den Zeitverhältnissen angepaßten Leibesübungen hin. Erfreulich war für die zahlreich erschienenen Einwohner zu hören, mit welchem Ernst und Fleiß der von Kreisspielwart Kemm ausgewählte Uebungsstoff von der Jungmannschaft verwertet wurde. Sodann folgte eine Reihe von Spielen, wie z. B. Faust-, Tamburin-, Schlag-, Jäger- und Wanderball sowie Eilbotenlauf. Es war hochinteressant, den von Kreisspielwart Kemm, eines speziell für dieses Fach besonders begabten Lehrers, in seinen Erläuterungen und Hinweis auf richtiges Spiel zu folgen. Hierauf ergriff Gauturnwart Bilger von Freiburg das Wort zu längeren Ausführungen und dankte den auswärtigen erschienenen Vertretern für die bereitwillige Mitwirkung an der lehrreichen Versammlung. Insbesondere widmete Herr Bilger Worte des Dankes dem Kreisspielwart Kemm, welch letzterer in seinem Schlußwort darauf hinwies, daß die Jungmannschaft bestrebt sein möge, den Uebungsstoff zu vertiefen und dem Turnvater Jahn nachzueifern, um die edle Turnsache wieder auf die alte Höhe zu bringen. Ein dreifaches „Gut Heil" auf das Emporblühen der Jungmannschaft bildete den Schluß der Versammlung.

⊙ **Riegel**, 16. Juni. Der Gesangverein „Germania"-Riegel hat nun wieder mit den Proben begonnen. Der Verein zählt heute 40 Sänger. Dirigent ist Herr Hermann Leppert von hier, eine bewährte Kraft.

⊙ **Endingen a. K.**, 16. Juni. Bei der gestern hier stattgefundenen Gemeinderatswahl haben im ganzen abgestimmt 1461 Wahlberechtigte. Davon entfielen auf die Zentrumspartei 746, auf die demokratische Partei 412 und auf die sozialdemokratische Partei 304 Stimmen. Die Zentrumspartei erhält somit 5 Sitze, die demokratische Partei 3 Sitze und die sozialdemokratische Partei 2 Sitze.

♂ **Weisweil**, 16. Juni. Die gestrigen Wahlen zum Gemeinderat halten folgendes Ergebnis: Bürgerliche Parteien 6 Sitze, Sozialdemokratie 2 Sitze. Letztere dürfte etwas enttäuscht sein, da sie trotz guter Organisation an Stimmenzahl merklich abgenommen hat. Es ziehen vier neue Gemeinderäte auf das Rathaus ein. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die jetzige Zusammensetzung gewillt ist, zu arbeiten zum Wohle der ganzen Gemeinde. Die Wahl verlief vollständig ruhig, fast unbemerkt.

♂ **Kenzingen**, 16. Juni. Die gestrige Gemeinderatswahl hatte folgendes Ergebnis: Abgegebene Stimmen: Zentrum 692, Demokraten 267, Sozialdemokraten 216, Deutschnationale 106 und erhielten das Zentrum 6, die Demokraten 2, die Sozialdemokraten 1 und die Deutschnationalen 1 Sitz. Gewählt wurden vom Zentrum die Herren: Franz Neusch, Fabrikant, Jos. Hemmler, Blechnermeister, Franz Scheidel, Bierbrauereibesitzer; Georg Walzer, Landwirt; Franz Engler, Landwirt, Otto Weber, Hirschwirt. Demokraten: Joh. Gg. Limberger, Malermeister; Heinrich Reiner, Landwirt. Sozialdemokraten: Friedrich Schieble, Bierbrauereibesitzer. Deutschnationale: Dr. med. Bernhard Schwörer. Die Wahlbeteiligung betrug über 80 Prozent.

= **Tutschfelden**, 16. Juni. Aufgrund eines von der Bürgerschaft gemeinsam eingereichten Wahlvorschlags, gegen den innerhalb der gesetzlichen Frist kein Einspruch erhoben wurde, gelten folgende Gemeinderäte als gewählt: 1. Karl Kümmerle, Maurer, 2. Wilhelm Ackermann, 3. Wilhelm Steiger, 4. Wilhelm Oesterle, Gemeinderechner, 5. Friedrich Engler, 6. Karl Hirsch, Wagner. Von diesen sechs sind fünf neue Männer; der Erstgenannte gehörte schon längere Zeit dem Gemeinderat an. Möge die neue Gemeindeverwaltung, 24 Gemeinderverordnete und 6 Gemeinderäte, bei allen ihren Beratungen und Beschlüssen von der Sorge für das Wohl der gesamten Gemeinde sich leiten lassen.

:: **Herbolzheim**, 15. Juni. Bei der gestern hier stattgefundenem Bürgermeisterwahl fielen auf Josef Schöndienst, Kaufmann, 54 Stimmen, auf Stadtrat Heinrich Dörle, Seifensieder, 3 Stimmen. Herr Schöndienst ist somit mit glänzendem Resultate zum Bürgermeister gewählt.

♂ **Altdorf**, 15. Juni. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeisterstellvertreter Rudolf Geiger mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

= **Freiburg i. Br.**, 16. Juni. Zu dem für morgen in Aussicht gestellten Wirtestreik hatte die sozialdemokratische Partei Stellung genommen und folgende Resolution angenommen: Die heutige gutbesuchte Versammlung des sozialdemokratischen Vereins protestiert gegen die Forderungen des Wirtevereins, die nur im Interesse eines kleinen Teiles der Hotelbesitzer und Restaurateure gestellt sind. Sie erwartet von den Behörden, daß sie diesen Forderungen entschieden entgegentritt und für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel sorgt. — Eine Entscheidung der Regierung in dieser Angelegenheit liegt noch nicht vor.

WTB. **Freiburg i. Br.**, 15. Juni. Die von hiesigen und anderen oberbadischen Blättern gebrachte Meldung, daß in Waldshut Pockenfälle festgestellt worden seien, ist, wie wir zuverlässig erfahren, nicht zutreffend. Herr Professor Rost von hier hat nur um Wasser- bzw. Windpocken handelt. — Ueber die Pockenerkrankungen in Unteralpfen wird uns berichtet, daß drei ganzen fünf Personen gestorben sind. In der letzten Zeit sind aber dort ebenso wie in Säckingen neue Fälle nicht gemeldet worden. In Säckingen wird daher der unterbrochene Schulbetrieb wieder aufgenommen.

* **Waldkirch**, 17. Juni. Die Tagesordnung für die morgen Mittwoch vormittag 9½ Uhr stattfindende Bezirksratssitzung ist folgende: 1. Oeffentliche Sitzung: Verwaltungssachen: Einsprache gegen die Wahl der Gemeindeverordneten in Kollnau. Gesuch des Hermann Strecker in Ohrensbach um Genehmigung zum Betrieb der Realgastwirtschaft „zum Hirschen" in Ohrensbach. Gesuch des Bäckermeisters Andreas Fischer in Waldkirch um Genehmigung zum Betrieb eines Kaffees in Waldkirch. Gesuch der Berta Burger in Oberrechtal um Ausdehnung ihrer Schankwirtschaft in eine Gastwirtschaftskonzession. Verleihung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen an Zimmermann August Kern in Ohrensbach. Entschädigung des Lambert Weis in Unterzimmonswald für eine wegen Tuberkulose getötete Kuh. Entschädigung des Bärenwirts Karl Trenkle in Unterzimonswald für zwei wegen Tuberkulose getötete Kühe. 2. Geheime Sitzung: Gesindeordnung. Abhörbescheid zur Gemeinderechnung von Stahlhof für 1917. Abhörbescheid zur Gemeindeordnung von Guggental für 1917. Anweisung von Kriegsunterstützungen. Einteilung der Dienstbezirke für die Bezirksratsmitglieder.

Neueste Meldungen.

WTB. **Berlin**, 17. Juni. Am Schluß der Entente-Antwort heißt es, daß diese das letzte Wort der alliierten und assoziierten Mächte sei, die auf der Grundlage des Vertrages beharrten, nachdem sie bedeutende Zugeständnisse in der Anwendung bewilligten. Infolgedessen erwarteten sie, daß innerhalb der zugestandenen Frist von der deutschen Delegation die Unterzeichnung des Friedensvertrages herbeigeführt werde. Andernfalls bedeute die gegenwärtige Note die Auflösung des Waffenstillstandes und die Mächte würden diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachteten, um die Bedingungen durchzuführen.

Eingesandt.

Für Mitteilungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

× **Von der Badenstatt.** In früheren Jahren ist es, namentlich von den kinderreichen Eltern, dankbar begrüßt worden, daß die Stadtverwaltung Badekarten, welche für die ganze heiße Jahreszeit gültig waren, zu ermäßigten Preisen an das bedürftige Publikum abgeben ließ. Aus welchem Grunde verzögert sich in diesem Jahre die Ausgabe dieser Karten? Hält man in diesem heißen Sommer die frühere Vergünstigung nicht mehr für nötig oder was sind sonst für Gründe maßgebend, welche die Stadtverwaltung zu solcher Maßnahme veranlaßt haben?

Einer für viele.

Druck und Verlag der Druck- u. Verlagsgesellschaft vorm. Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber R. Grieg u. Wilh. Jundt. Verantwortlicher Redakteur: Otto Leichmann, Emmendingen.

Zur gefl. Beachtung!

Am **Donnerstag**, den **19. Juni** (Fronleichnamstag) erscheint **keine Zeitung**. Anzeigen für die Mittwochsausgabe erbitten wir uns möglichst schon heute und für die Freitagsnummer bis Mittwoch abend 4 Uhr.

Verlag der „Breisgauer Nachrichten" Emmendingen.

Weibliches **Personal** wie Zimmermädchen, Köchinnen, Hausbälterinnen Laufmädchen, Putz- u. Monatsfrauen, Dienstmädchen u. Mädchen für Garten- und Feldarbeit erhalten Sie rasch und mit wenig Kosten durch eine Anzeige in den Breisgauer Nachrichten in Emmendingen.

Achtung!

Am letzten Mittwoch nachmittag, den 11. d. M., wurde in der „Sonne" in Ottoschwanden ein dunkelgraues **Lodenrad** aus Versehen mitgenommen. Man bittet, es dort wieder gegen Belohnung und Verzeichnung der Unkosten abzugeben.

Zwei 4115 **Maurer** für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Gustav Hess, Maurerm. Teningen.

Zu verkaufen **1 Turner-Hose** Hemd und Gurt für jüngeren Mann. 4116

2 Filz-Hüte 1 Sportshemd für jüngeren Knaben, Kragen verschiedener Nummern. Zu erfragen in der Gesch. d. Breisg. Nachrichten.

Reithose u. Reitstiefel für große schlanke Figur. Fußlänge 41—43 zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 4110 an die Gesch. des Blattes.

Zwei Paar guterhaltene, lange **Rohrstiefel** Größe 40 und 42, drei Paar neue 4106 **Trikot-Herrenhemden** ein neues **Damen-Unterjäckchen** 2 Paar kleine Vorhängchen zu verkaufen Karlsriedrichstr. 65, Emmendingen.

Fahrradmäntel und Luftschläuche, deutsche Fabrikate, sowie Auslandsdecken in Qual. empfiehlt Franz Seyfert, Freiburg Schwarzwaldstraße 107 und Greiserstraße 16. 4085

Ein guterhaltener 4111 **Sportwagen** zu verkaufen. Lammstr. 5 III, Emmendingen.

1 guterhaltener 4101 **Kinderwagen** zu verkaufen. Marktplatz Nr. 1 (Rathaus) Emmendingen.

Reichsadreßbuch ältere Ausgabe, gesucht. Angebote unter H. S. Nr. 4100 an die Geschäftsst. d. Bl.

Zu kaufen gesucht 5 Ztr. **Dickrüben** Wer? Zu erfragen in der Geschäftsst. der Breisg. Nachr.

8 Wochen alte, schöne **Zuchtgais** zu verkaufen Merianstr. 6 I, Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen.

906 **Den Verkehr mit Obst betr.**

Auf Grund des § 12 Ziffer 5, §§ 15 und 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsmaßregelungen vom 25. September 1915 (RGBl. S. 607), in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4 November 1915 und der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 6 Juli 1916 (RGBl. S. 673) wird unter Aufhebung der über den Verkehr mit Obst im Jahre 1918 getroffenen Bestimmungen mit Genehmigung des Ministeriums des Innern mit sofortiger Wirkung angeordnet.

§ 1.

Der Ankauf, Absatz und die Versendung von Frühobst aus der Ernte 1919 unterliegt, soweit nicht die nachstehenden Bestimmungen Anwendung finden, in Baden keinerlei Beschränkung; insbesondere bleiben Erdbeeren und alle sonstigen Gartenobst- und wildwachsenden Beeren, vorbehaltlich der Einhaltung etwaiger forstpolizeilicher Anordnungen, ferner Aprikosen, Pfirsiche und türkische Kirschen von jeder Verkehrs- und Absatzbeschränkung innerhalb des Landes befreit.

§ 2.

Für den Verkehr mit frischem, saftigem Steinobst mit Ausnahme von Pfirsichen, Aprikosen und türkischen Kirschen, Frühäpfeln und Frühbirnen gelten folgende Bestimmungen:

Der Ankauf und Absatz darf nur durch die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung in Karlsruhe erfolgen.

Doch ist gestattet:

a) der Verkehr mit diesen Obstarten innerhalb der Erzeugergemarkung, insoweit der Absatz an Ortsangehörige zu keinen anderen Zwecken als zur Verwendung im eigenen Haushalt erfolgt,
b) der Verkauf an Ortsfremde als Mundvorrat in kleinen Mengen; nähere Bestimmungen hierüber bleiben vorbehalten.
c) der Verkauf auf Wochenmärkten benachbarter Orte innerhalb Badens (vergl. § 4 Absatz 2 b)
d) der Verkauf des von der Badischen Obstversorgung dem badischen Kommunalverbänden und Gemeinden gelieferten und von diesen in den Handel gebrachten Obstes.

§ 3.

Der Ankauf und Erwerb von Obst der in § 2 bezeichneten Art auf dem Baum mit oder ohne Vornahme von Obstvorlesegerungen ist verboten.

Ausnahmen von dieser Vorschrift wird die Verwaltungsabteilung der Badischen Obstversorgung dann gewähren, wenn eine Verwertung des Obstes ohne dessen Verkauf auf dem Baume unmöglich ist.

§ 4.

Das Verbringen von Obst der in § 2 bezeichneten Art aus der Erzeugergemarkung ist nur der Badischen Obstversorgung im Wege der geordneten Ueberlandme erlaubt. Jeglicher Versand und sonstige Uebermittelung von Obst der bezeichneten Art unmittelbar vom Erzeuger an den Verbraucher oder an andere Wiederverkäufer als die Badische Obstversorgung ist verboten.

Von vorstehenden Bestimmungen gelten folgende Ausnahmen:

a) Als Mundvorrat dürfen kleinere Mengen mitgenommen werden (vergl. § 2 Absatz 2b).
b) die Verbringung selbsterzeugten Obstes auf Märkte benachbarter Orte ist innerhalb Badens mit einem von der zuständ. Behörde des Marktortes ausgestellten Zulassungsschein gestattet. Der Zulassungsschein muß der Beförderung des Obstes mitgeführt werden. Dieser Zulassungsschein soll nur solchen Selbstverbrauchern erteilt werden, gegen deren Zuverlässigkeit keine Bedenken bestehen, die früher schon als Verkäufer den Markt zu besuchen pflegten und die Ware in eigener Person oder durch Haushaltsangehörige auf dem Markt absetzen. Der Absatz auf dem Markte darf nur in kleinen Mengen (stundweise) und nur an Selbstverbraucher geschehen; Absatz an Wiederverkäufer und Verkauf außerhalb der Marktstätte ist verboten. Marktorte, die Verbrauchsregelung einführen können anordnen, daß das mit Zulassungsschein eingeführte Obst ihnen überlassen wird.
c) Sendungen von Obst der in § 2 bezeichneten Art seitens der Erzeuger an ihre Angehörigen und nächsten Verwandten werden zugelassen; als solche werden nur betrachtet: Ehegatte, Eltern, Großeltern, Kinder, Enkel u. Geschwister des Erzeugers; an einen und denselben Empfänger (einschließlich dessen Familie) darf monatlich nicht mehr als eine Obstsendung zu höchstens 50 Pfund von Obstsorten zu der in § 2 bezeichneten Art geschickt werden. Aber selbsterzeugtes Obst dieser Art an Angehörige oder nahe Verwandte versenden will, hat bei dem Bürgermeisteramt des Wohnsitzes die Aushändigung abgestempelter Versandpapiere zu beantragen. Das Bürgermeisteramt hat die Richtigkeit der Angaben nachzuprüfen und wenn die vorstehenden Bestimmungen eingehalten sind die Versandpapiere auszuhändigen.
d) wer von einem außerhalb seiner Wohnsitzgemarkung gelegenen, im geschlossenen oder von ihm bewohnten Grundstück selbsterzeugtes Obst an seinen Wohnsitz zu verbringen wünscht, hat bei dem Bürgermeisteramt, in dessen Gemarkung das Obstgrundstück liegt, die Aushändigung abgestempelter Versandpapiere zu beantragen. Die Aushändigung der Versandpapiere darf nur erfolgen, wenn der Nachweis erbracht ist, daß selbsterzeugtes Obst an den Erzeuger nach seinem Wohnsitz befördert werden soll.

Für die Ausstellung der Versandpapiere (c und d) kann seitens der Bürgermeisterämter eine Gebühr von 10 Pfennig erhoben werden.

Handelt es sich in den Fällen der Ziffern c und d (Versandpapiere und Obstzuweisung) um Versand von Obst nach Orten außerhalb Badens — und zwar gilt dies auch für das der Bewirtschaftung nicht unterliegende Obst (§ 1) — so sind die Versandpapiere bei der Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung zu beantragen. Die Erteilung derselben kann im Fall des Obstzuweisungsantrags (Ziffer d) von dem Nachweis abhängig gemacht werden, daß das Obstgrundstück schon vor dem 1. April 1919 im Eigentum oder in Pacht des aushändigenden Obsterzeugers gestanden hat.

§ 5.

Die Ausfuhr von Obst aller Art, sowie des in Baden erzeugten, wie des bewirtschafteten Obstes (§§ 1 und 2) nach Orten außerhalb Badens erfolgt, soweit nicht die Fälle des § 4 Absatz 2 und 4 und Absatz 4 vorliegen, nur durch die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung nach vorheriger Genehmigung der Verwaltungsabteilung.

Der hierbei etwa erzielte Gewinn fließt nach Gewährung einer angemessenen Entschädigung an die Geschäftsstelle für ihre Mühewaltung in die badische Staatskasse.

§ 6.

Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Karlsruhe, den 19. Mai 1919.

Badische Obstversorgung.

Die Beschränkung des Aufenthaltsrechts betr.

Auf Grund des § 29 des Polizeistrafgesetzbuches wird mit sofortiger Wirkung verordnet, was folgt:

§ 1

Nichtansässige Personen können aus der Gemeinde, in der sie ausgewiesen sind, auf Antrag der Gemeinde oder von amtswegen durch das Ministerium des Innern ausgewiesen werden. Bei nicht badischen Staatsangehörigen kann diese Ausweisung auf das ganze Land ausgedehnt werden. 4102

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Ausweisungsverfügungen werden mit Haft bis zu 6 Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft.

Karlsruhe, den 12. Juni 1919.

Bad. Ministerium des Innern.
Remmele

Pferderäude betr.

Nr. 210

Im Pferdebestande des Oekonomierats Schirtenheim, Hochburg ist die Pferderäude ausgebrochen. Wir geben dies mit dem Anfügen bekannt, daß die erkrankten Tiere nicht in fremde Ställe gebracht und nicht mit andern Pferden in Berührung kommen dürfen.

Emmendingen, den 18. Juni 1919. 4120

Bad. Bezirksamt.

Handelsregister.

Im Handelsregister A Band I wurde unter O.-Z. 184 eingetragen: **Firma: C. Jakob Pracht in Eichstetten.** Inhaber: Georg Jakob Pracht, Kaufmann in Eichstetten, Geschäftszweig: gemischtes Warengeschäft. Emmendingen, 16. Juni 1919.

Amtsgericht I. 4100

Lebensmittelautruf.

Auf **Bestellabschnitt 145** der Lebensmittelkarte können die Einwohner der Gemeinden

Emmendingen
Denzlingen
Endingen
Herbolzheim
Kenzingen
Mundingen
Windenreute
Teningen

soweit sie versorgungsberechtigt sind (grüne Karten)

1 Salzhering (auf den Kopf)

Kleinverkaufspreis 80 Pfennig das Stück

erhalten.

Bestellfrist zwei Tage. Am dritten Tage sind die Bestellabschnitte an die Ortsverteilungsstelle weiterzugeben zwecks weiterer Bestellung.

Die hier nicht genannten Gemeinden werden auf Antrag gemäß Rundschreiben der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes vom 13. ds. Mts. beliefert.

Emmendingen, den 16. Juni 1919.

Kommunalverband.

Kohlenkleinhandelspreise

für den Kommunalverband Emmendingen.

Für die Stadt Emmendingen. Preis für 1 Zentner.

Sorte:	ab Eisenbahnwagen	ab Lager	offen in Säcken frei vors Haus	in Säcken frei ins Haus geliefert
	M	M		
Ruhr-Eßkohlen	5.30	5.60	30 Pfennig mehr als ab Ortslager	50 Pfennig mehr als ab Ortslager
„ Stückkohlen	5.40	5.70		
„ Fettschrot u. Maschinenkohl.	5.10	5.40		
„ Fettnuß I u. II nachgef.	5.55	5.85		
„ „ III „	5.10	5.40		
„ Ehnuß I u. II „	5.85	6.15		
„ „ III „	5.65	5.95		
„ Schmiedenußkohlen III und IV nachgef.	5.55	5.85		
„ melierte Schmiedekohlen	5.15	5.45		
„ Anthracit-Nußkohl. I nachgef.	6.15	6.45		
„ „ „ II „	6.40	6.70		
„ „ „ III „	6.05	6.35		
„ „ „ II de. Zeche Langenbrahm	6.50	6.80		
„ Anthracit-Eierbriketts	6.15	6.45		
„ Steinkohlenbriketts	6.—	6.30		
„ Grobkoks	6.80	7.10		
„ Brechkoks I	7.25	7.55		
„ Brechkoks II	7.30	7.60		
„ „ III	7.15	7.45		
„ „ I Consolidation	7.30	7.60		
„ „ II „	7.35	7.65		
„ „ III „	7.20	7.50		
„ Braunkohlenbriketts	4.70	4.—		

Bekanntmachung.

Das Zinserträgnis aus dem **Scherberger'schen Lehrgelderfond** ist für das Jahr 1919 zu vergeben.

Berücksichtigt werden in erster Linie Lehrlinge hiesiger Bürger.

Gesuche sind bis spätestens 1. Juli an den Gemeinderat zu richten.

Emmendingen, den 14. Juni 1919. 297

Der Gemeinderat:
Rehm.

Bekanntmachung.

Fettabgabe betr.

Das uns vom Kommunalverband zugeteilte Fett auf Bestellabschnitt A der Einfuhrzusatzkarte wird am 300

Dienstag, den 17. Juni, nachmittags von 4—7 Uhr,

und am

Mittwoch, den 18. Juni, vormittags von 7—10 Uhr,

in den Metzgereien abgegeben.

Bei Abholung des Fettes ist der Quittungsabschnitt A der Einfuhrzusatzkarte abzugeben. Der Anspruch beträgt pro Person ½ Pfund zum Preise von 5.00 Mk. per Pfund.

Emmendingen, den 16. Juni 1919.

Städt. Lebensmittelamt Emmendingen.

Bekanntmachung.

Eierabgabe betr.

Die Abschnitte der Eierkarten, gültig vom 13.—23. Juni 1919, sind in den Verkaufsstellen abzugeben.

Die Eierabgabe findet am Samstag, 21. Juni 1919, statt.

Die Verkaufsstellen haben die Eierkartenabschnitte bis längstens Mittwoch, den 18. Juni 1919, mittags 12 Uhr, beim Lebensmittelamt abzugeben. 299

Emmendingen, den 16. Juni 1919.

Städt. Lebensmittelamt Emmendingen.

Prompte und sorgfältige Aufstellung von

Vermögensverzeichnissen

sowie Beratung und Unterstützung in

Steuerangelegenheiten aller Art

besorgt streng verschwiegen 3931

Treuhand-Akt.-Gesellschaft Oberbaden

in **Freiburg i. B.**

Bismarckstrasse 16 (nächst dem Hauptbahnhof)

Fernsprech. Nr. 1979.

Telegr.-Adresse: Treuhand Freiburgbaden.

Seegrasversteigerung.

Die Gemeinde Holzhausen versteigert am Montag, den 23. ds. Mts., mittags 12 Uhr auf dem Rathaus das diesjährige Seegraserträgnis aus den Gemeindewaldungen.

Bedingungen werden vor der Steigerung bekannt gegeben.

Holzhausen, den 15. Juni 1919. 4191

Der Gemeinderat:

Vereinigte Friseure

Emmendingen.

Laut Verfügung des bad. Ministeriums sind die Friseure genötigt, die Geschäfte an **Sonn- und gesetzlichen Feiertagen geschlossen zu halten.**

Für die **Werktage** ist die Arbeitszeit von

8 Uhr früh bis abends 7 Uhr festgesetzt, am

Samstag Abend bis 9 Uhr.

Gleichzeitig sind wir gezwungen wegen Erhöhung der Materialien die Preise wie folgt festzusetzen:

Für Rasieren 30 Pfg.
„ Haarschneiden f. Erwachsene 70 „
„ „ „ Kinder 50 „

Am Samstag tritt für das Haarschneiden eine

4118* **Erhöhung von 100 % ein.**

Nachruf.

Durch Gerichtsbeschluß ist am Donnerstag, den 4. Juni 1919 unser Genosse und Arbeiterführer Lewine-Nissen hingerichtet worden. Seine Verteidiger sind von diesem Gewaltakt nicht unterrichtet worden. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben über Levine-Nissen, Liebknecht, Rosa Luxemburg und Kurt Eisner anders zu urteilen, als es heute geschieht. Ein unersetzlicher Verlust ist hiermit dem deutschen revolutionären Proletariat entstanden. Wir klagen das bayr. Ministerium Hoffmann an, das dieses Bluturteil nicht nur zuließ, sondern auch bestätigte. Wir klagen die Reichsregierung an, die nicht sofortige Schritte unternahm, um das Todesurteil zu verhindern. Die revolutionäre Arbeiterschaft schläft nicht. Am Grabe dieses edelmütigen Menschen, geloben und schwören wir nicht eher zu ruhen, bis unser höchstes Ziel, die Befreiung der arbeitenden Klasse vom kapitalist. Joche durchgeführt ist.

Unabhängige sozialdemokr. Partei Emmendingen.

Der revolutionäre Aktions-Ausschuß.

Portemonnaies
Brieftaschen, -o- Geldscheintaschen
in Echt- und Kunstleder
Spazierstöcke, Tabakspfeifen
Emil Brack, Freiburg
Herrenstrasse 54. Herrenstrasse 54.
2559 Reparaturen aller Art.

Schultornister, Rucksäcke, Ledergamaschen sind vorrätig.
Gamaschen werden auch noch nach Mass angefertigt Neuanfertigungen u. Reparaturen in allen Sattlerarbeiten. 2462
Sattlerei Zipf, Freiburg,
Ringstrasse 3 gegr. 1886.

Preiswerte
Damenstoffe
150 cm breit
in schwarz, blau, braun und weinrot zu 45 Mark per Meter. 4046
Ferdinand Kahn, Freiburg i. B.
Kaiserstraße 29 I.

Zu kaufen gesucht
Eichen
rund und geschnitten, trocken und frisch. Genaue Angebote mit Angabe der Durchmesser, Stärkeneinteilung, Alter der Ware mit Preisen frei auf Waggon geladen erbitten an 4107
M. & H. Wuesthoff, Holzgroßhdlg.
Düsseldorf, Hohenzollernhaus
und Vertreter Karl Tourtaint, Freiburg i. Br. Hauptstraße 17.

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 6.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 1.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 40 Pfg. Bei Mahnschreiben 30% Zuschlag. Belagsgebühr das Tausend 3 Mk. Teuerungszuschlag 20% auf alle Anzeigen u. Beilagen.

Telegramm-Adresse: Blätter, Emmendingen. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.

Nr. 139 (Evang.: Paulina) Emmendingen, Mittwoch, 18. Juni 1919. (Kath.: Marc. u. M.) 54. Jahrgang

Erstes Blatt.

Zu den Friedensverhandlungen.

WTB. **Berlin, 17. Juni.** Gegen die Zwischenfälle bei der Abfahrt der deutschen Friedensdelegation aus Versailles hat Graf Brockdorff schärfsten Protest eingelegt.

WTB. **Berlin,** 15. Juni. Zur kolonialen Frage liegt eine Reutermeldung vor, wonach sogar der Eventualvorschlag Deutschlands, ihm wenigstens ein Mandat über seine Kolonien im Rahmen des Völkerbundes zu übergeben, von den Alliierten abgelehnt sein soll. Hierzu erklärt der Reichskolonialminister auf Anfrage: Wir möchten vorläufig glauben, daß es sich auch hier nur um einen der bekannten Einschüchterungsversuche handelt, bei dem der hohe Ernst der Lage in Europa noch stark verkannt wird. Wird nicht bald ein Verständigungsfriede erzielt, dann strebt die Entwicklung der Dinge in Europa dem Chaos zu. Wir können deshalb nicht annehmen, daß die Entente die Lage frevelhafterweise noch dadurch verschärfen wird, daß sie durch halbstarrige Unnachgiebigkeit in den kolonialen Punkten, die für sie bei ihrem Länderreichtum eine verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung haben, während sie für uns eine Lebensfrage sind, einen Ausgleich zum Scheitern bringt.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. **Weimar,** 17. Juni. Der Friedensausschuß der Nationalversammlung trat gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Fehrenbach zu einer kurzen Sitzung zusammen, die außerordentlich stark besucht war. Der Ministerpräsident gab einen Ueberblick über die feindliche Mantelnote, indem er einleitend auf die bevorstehende folgenschwere Entscheidung und auf die Insultationen hinwies, denen unsere abreisende Delegation ausgesetzt war. Er bedauerte den Mangel eines ausreichenden Schutzes, teilte mit, daß sofort Protest eingelegt worden ist und daß sich die Reichsregierung ihre Stellungnahme dazu bis zum Eintreffen eines amtlichen Berichtes vorbehalte. Zur Mantelnote selbst erklärte er, daß sie ein abschließendes Urteil noch nicht erlaube, ein voreiliges Urteil aber gefährlich sei. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk enthaltenen Beschuldigungen sei Neues nicht enthalten, aber er müsse dazu mit Bedauern feststellen, daß die Entente unsere Vorschläge zur Schaffung eines neutralen Schiedsgerichtshofes abgelehnt habe, das allein diese Beschuldigung hätte objektiv prüfen können. Bedauerlich sei ferner, daß das ganze Volk mit den angeführten Verbrechen und Vergehen belastet werden soll. Diese Belastung soll aber die Grundlage schaffen zu den Bedingungen, die im zweiten Teil der feindlichen Mantelnote dem ganzen deutschen Volke auferlegt werden sollen. Die Begründung, die der Regelung der Verhältnisse im Osten gegeben wird, läßt wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlicheren Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen können. Das gilt auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheit und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zur Zeit noch nicht völlig vorliegt, kann heute noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könne die Grundlage für eine gemeinsame Friedensberatung zwischen Reichsregierung und Friedensausschuß geben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung sollen vor die folgenschwere Entscheidung gestellt werden, deshalb sei es Pflicht, gleichviel wie jeder Einzelne zur Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität an diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegensieht.

Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine endgültige Beratung erst möglich sei, wenn das gesamte Material vorliege und der Friedensausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag nachmittag abgehalten werden soll. Bis morgen wird die Reichsregierung nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten Scheidemann Gelegenheit gehabt haben, mit der heute nacht hier eintreffenden deutschen Delegation zu beraten.

WTB. **Weimar, 17. Juni. Ueber den bis jetzt vorliegenden Teil der französischen Antwort wird sich das Kabinett heute in einer Sitzung zu einer Vorbesprechung zusammenfinden. Endgültige Beschlüsse werden erst nach Eintreffen der deutschen Delegation aus Versailles getroffen werden können. Außer der Mantelnote wird von der Delegation noch ein Memorandum erwartet, wodurch man hofft, gewisse Unklarheiten und Zweideutigkeiten in der Mantelnote selbst beseitigen zu können. Andernfalls würde eine Rücktage bei den Alliierten notwendig sein.**

Aus Weimar erfahren verschiedene Blätter, man gebe sich in gewissen Kreisen der Reichsregierung der Hoffnung hin, daß die Antwortfrist, die bis zum Montag abend 7 Uhr vorliegt, für die Ueberreichung der deutschen Antwort verlängert werden könnte.

Pressestimmen zur Entente-Antwort.

Berlin, 18. Juni. (Privattelegramm.) Der überwiegende Teil der heute früh nach Beendigung des Buchdruckerstreiks wieder erscheinenden Blätter nimmt zu der Entente-Antwort den Standpunkt ein wie das „Berliner Tageblatt". Wer bisher unannehmbar gesagt hat, muß es heute mit derselben Festigkeit sagen können. Wenn Regierung und Nationalversammlung ihr Unannehmbar wiederholen, müßten sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Besitzlosen leiden soll unter dem, was die nächsten Wochen bringen sollen.

Auch der „Lokalanzeiger" sagt: Die wenigen gemachten Zugeständnisse ändern nichts an der Unannehmbarkeit und an der Unerfüllbarkeit des Teufelswerkes. Der Begleitbrief ist in einem geradezu verächtlichen Ton gehalten und der Geist, den er atmet, wird durch die folgenschwerste Entscheidung der Welt zu rechtfertigen versucht. Die Regierung hat die Pflicht, mit einem bestimmten Programm über die Behandlung des Vertrages vor die Nationalversammlung zu treten. Es entspricht den demokratischen und konstitutionellen Gepflogenheiten, daß die Regierung, das Volk und seine Vertretung die Verhandlung führen. Herr Scheidemann hat gesagt, daß die Hand verdorren müsse, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Nach unserer Ansicht müssen auch die Hände verdorren, die den abgeänderten Vertrag unterzeichnen.

Von den rechtsstehenden Zeitungen spricht die „Deutsche Tageszeitung" von einem Todesurteil für das deutsche Volk und einem Dokument der schamlosesten Lüge.

Im „Vorwärts" heißt es aus Weimar: Das Vorgehen des Pariser Pöbels gegen die abreisenden deutschen Delegierten entspricht gewiß in keiner Weise dem Charakter und der Stimmung des französischen Volkes. Wohl ist es aber nichts anderes als ein Ausdruck jener Gesinnung, von der die Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot begleitet war.

In der „Voßischen Zeitung" liest man: Selbst wenn aus Deutschland noch viel mehr als beabsichtigt herauszupressen sein würde, müssen Italien und Frankreich noch lange unter dem Druck des Krieges schwer leiden. Es ist aber begreiflich, daß ihre schuldbeladenen Regierungen sich auf Kosten Deutschlands reinzuwaschen suchen und so lange wie möglich zu hindern suchen, daß ihre Völker sich auf ihre eigene mitschuldige Regierung stürzen.

Verschiedene Blätter wollen aus Versailles erfahren haben, daß bei der deutschen Delegation eine Note Clémenceaus eintraf, worin das Bedauern über die Pöbelausschreitungen ausgesprochen wurde. Der Präfekt des Seinedepartements wird beauftragt, sofort die Entschuldigung dem Gesandten Haniel vorzutragen. Der Präfekt des Departements und der Polizeikommissar würden von ihren Posten abberufen werden.

Sonstige Meldungen

WTB. **Wien,** 17. Juni. Der deutsch-böhmische Landestag hat beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß die tschechoslowakische Regierung den Ausnahmezustand im ganzen Gebiet von Mähren, Böhmen und Schlesien sowie das Standrecht über den ganzen Bereich der tschechoslowakischen Gebiete verkündet habe, der deutschböhmischen Staatskanzlei für den Fall einer von den Tschechen unternommenen Mobilisierung in den deutschen Gebieten der Sudetenländer und die Heranziehung der deutschen Staatsangehörigen zu militärischen Dienstleistungen für den tschechoslowakischen Staat eine Protestnote mit der Bitte zu unterbreiten, sie auf drahtlischem Wege dem Rat der Fünf in Paris vorzulegen. Der Landestrat hat ferner das erzwungene Gelöbnis für den tschechoslowakischen Staat, weit gegen das Völkerrecht und gegen die Sittengesetze verstoßend, als unverbindlich und rechtsunwirksam erklärt.

WTB. **Bern,** 17. Juni. Wie die „Epoca" mitteilt, sollen die italienischen Truppen innerhalb vier Wochen von der Murmankküste zurückgezogen werden.

WTB. **Bern,** 17. Juni. Nach Mitteilungen des römischen Mitarbeiters des „Secolo" verlief der gestrige Ministerrat sehr stürmisch und endete damit, daß sämtliche Minister Orlando ihr Portefeuille zur Verfügung stellten. Der Ministerpräsident begab sich hierauf zum König, der den Wunsch äußerte, das Urteil der Kammer abzuwarten. Darauf soll Senator Maggiorino Ferrari zum vorläufigen Verpflegungsminister ernannt worden sein, was aber noch nicht festgestellt ist.

WTB. **Amsterdam,** 16. Juni. Allgemeen Handelsblad meldet, daß sich ein Niederländer, der in Darmstadt wohnt und mit seiner Person für seine Mitteilungen eintritt, bei dem Blatte über das Auftreten der Franzosen in den deutschen besetzten Gebieten beklagt. Er teilt folgendes mit: Ein alter Lehrer, der die Schulkinder nach Hause geschickt hatte, um auf diesem Wege gegen die Ausrufung der rheinischen Republik zu protestieren, wurde mit anderen Deutschen, die sich derselben Missetat schuldig gemacht hatten, gefangengenommen. Während des Verhörs vor dem französischen Richter wurden die Angeklagten mit Fäusten und mit der Peitsche geschlagen. Die Gefangenen, die dem Reserve-Offizierstande angehörten, wurden sehr schlecht behandelt. Sie mußten in ihrer Zelle alles aus einer Schüssel essen und waren, da sie keine Löffel erhielten, darauf angewiesen, mit den Fingern zu essen. Die Gefangenen wurden in das Lager der Senegalneger in Worms übergeführt.

Zur Lage im Osten.

WTB. **Breslau,** 16. Juni. Nachdem die polnische Regierung bereits seit mehr als zehn Tagen die Grenze Schlesiens völlig gesperrt hat, andererseits aber in großer Zahl unlautere Elemente aus Polen die Grenze auf verbotenen Wegen zu überschreiten versuchen, um Sabotage gegen die Verkehrsmittel, die Eisenbahn usw. zu betreiben und gegen Deutschland zu hetzen, hat das Generalkommando im Einverständnis mit dem Reichs- und Staatskommissar mit dem heutigen Tage den Grenzverkehr auch einschl. des sogenannten kleinen Grenzverkehrs gegen Polen gesperrt. Für die Maßnahme war auch entscheidend, daß die große Zahl der aus Polen zureisenden unerwünschten Personen die sehr schwierige Lebensmittellage weiterhin verschlechtert.

WTB. **Kattowitz,** 16. Juni. Der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien richtete an den Ministerpräsidenten ein Telegramm, worin er auf die in der letzten Zeit sich häufenden Attentate gegen Brücken und Bahnkörper hinweist, durch die die Abfuhr von Kohle und die Zufuhr von Lebensmitteln gefährdet werden, sowie auf die mit ausländischem Geld bestochenen polnischen und spartakistischen Agenten aufmerksam macht, die beabsichtigen, Putsche zu organisieren im Glauben, von jenseits der Grenze Hilfe zu bekommen. Diese Hoffnung auf die Armee Haller müsse aber so schnell als möglich verschwinden, und das sei nur möglich, wenn die Truppentransporte der Armee Haller durch Deutschland sofort eingestellt würden. Da die Polen täglich die Ruhe stören und die Demarkationslinie nicht achteten, so würde auch die Regierung der übernommenen Verpflichtungen enthoben sein. — Die Berliner zuständige Stelle bemerkt dazu, daß die Transporte der Armee Haller am 22. Juni ihr Ende gefunden haben werden.

WTB. **Danzig,** 17. Juni. Deutscherseits rechnet man mit polnischen Angriffen. Polnische Patrouillen im Raume von Thorn, das auch von drei polnischen Fliegern in großer Höhe überflogen wurde, sind abgewiesen worden. Es wurde beobachtet, daß die Polen bei Ostrowo neue Stellungen ausheben. Die Stärke der deutschen Truppen an der Grenze läßt eine polnische Ueberrumpelung als ausgeschlossen erscheinen.

WTB. **Helsingfors,** 16. Juni. Die deutschen Entsetzungsarbeiten auf Aland begannen am 10. Juni. Sie werden durch deutsche und finnische Arbeitskräfte ausgeführt.

WTB. **Helsingfors,** 17. Juni. Bei der gestrigen dritten Lesung der Verfassungsvorlage stimmten 163 Abgeordnete für die Dringlichkeit, 33 dagegen. Da die erforderliche Fünfsechstel-Mehrheit nicht erreicht wurde, muß die Entscheidung über die Vorlage bis zu einem aus Neuwahlen hervorgegangenen Landtag vertagt werden.

Arbeiterbewegung.

WTB. **Amsterdam,** 16. Juni. Der „Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß die sozialistischen Parteien gestern vormittag in allen Städten Belgiens Kundgebungen für den Achtstundentag und für höhere Löhne veranstalteten, die ruhig verlaufen sind.

WTB. **Haag,** 16. Juni. Der „Nieuwe Courant" meldet, daß in der britischen Maschinen- und Schiffsbauindustrie ein großer Streik droht, bei dem 2 Millionen Arbeiter in Betracht kommen würden.

Die neue Bekleidung und Ausrüstung der Reichswehr

ist für die in die vorläufige Reichswehr übernommenen Verbände durch Verordnung der Reichsregierung nunmehr festgesetzt. Sie ist mit Rücksicht auf die ungünstige Rohstoff- und Finanzlage des Reiches so einfach als möglich gehalten, für die Heimat und das Feld einheitlich und gestattet volle Ausnützung der vorhandenen Bestände. Die neue Bekleidung ist für alle Angehörigen der Reichswehr im Schnitt und in der Ausstattung gleich und aus feldgrauem Grundtuch. Der Helm bezw. Tschako fällt weg. An seine Stelle tritt die feldgraue Dienstmütze mit Schirm und Sturmriemen aus schwarzem Lackleder. Auf dem feldgrauen Besatzstreifen ist die Kokarde in den deutschen Farben, von einem weißmetallenen Eichenlaubkranz eingefaßt, darüber auf dem Grundtuch die Kokarde in den Landesfarben. Zu besonderem Dienst wird der Stahlhelm beibehalten. An die Stelle der bisherigen Bluse tritt der Feldrock mit aufgenähten Brusttaschen und Stehumfallkragen mit grauen Doppelknöpfen ähnlich den früheren Garderöcken. Anstelle der Achselklappen tritt eine zweifach gelegte mit zwei Schiebern versehene Schulterschnur. Für alle Waffen ist die feldgraue Stiefelhose eingeführt. Dazu tragen die Feldtruppen Schnürstiefel u. Wickelgamaschen; die Berittenen hohe Stiefel mit oben zum Schnallen eingerichtetem Schaft. Außerdem wird die lange, feldgraue